

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift:
Tageblatt Riesa,
Ferien Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530.
Witkass:
Riesa Nr. 52.

Nr. 104.

Freitag, 5. Mai 1933, abends.

86. Jahrgang.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 2 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; geläufiger und abkürzbarer Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegeranten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vierserung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Stiftung für die Opfer der Arbeit.

Deutschlands Arbeitsarmee im Aufbau.

Der Arbeitsdienstpflanzplan des Obersten a. D. Dierl.

Oberst a. D. Dierl, der sich bereits als nationalsozialistischer Reichsorganisationsleiter wiederholt zu den Problemen des deutschen Arbeitsdienstes äußerte, ist zum Staatskommissar für Arbeitsdienstpflanz ernannt worden. Die Einziehung des ersten halben Jahresansatzes der Arbeitsdienstpflanzung steht bevor. Wie sich Oberst Dierl die Organisation des Arbeitsdienstes denkt, darüber geben die folgenden Ausführungen Auskunft.

Den breitesten Raum in den Dierlschen Plänen nimmt die Organisation des Arbeitsdienstes ein. Oberst Dierl denkt sie sich rein militärisch. Ein festes, einheitliches und von einheitlichem Geist getragenes Stammpersonal nimmt wie im alten Heer die ausgeübten Arbeitskräfte unter seine Führung. Es gliedert sie in Arbeitsabteilungen, die mit je 16 Köpfen etwa den alten Kompanien entsprechen und einen Quartiermeister, einen Zugmeister, einen Sportwart, Spielwarte und einen Heilgehilfen neben der einwilligen Führerschaft besitzen. 10 bis 15 solcher Arbeitsabteilungen bilden dann eine Arbeitsgruppe, 10 bis 15 Arbeitsgruppen einen Arbeitskreis mit einem Inspektor an der Spitze. Die Grenzen der Arbeitskreise decken sich mit den Grenzen der Länder und größeren Verwaltungsbezirke. Dadurch wird unter der einheitlichen Reichsleitung auch der landsmannschaftliche Charakter der einzelnen Arbeitskreise gewahrt.

Die Einberufung der Arbeitsdienstpflanzung erfolgt nach den Regeln der alten Fortbewehrung. In einem bestimmten Tage haben sich die zur Musterung Berufenen zu melden. Wer einen Arbeitsdienstpflanzigen aufreißt, der Einberufung zum AD nicht Folge zu leisten, oder wer einen Angehörigen des AD aufreißt, eine Widerleitlichkeit, Behördensperre, Meuterei oder Sabotage zu begehen, wird mit Zuchthaus bestraft. Auch mit inneren Widerständen rechnet Dierl. „Für schwer Vorbestrafte oder besonders widerleitliche Arbeitsdienstpflanzige sollen eigene „Besserungsabteilungen“ gebildet werden.“ Als Einberufungsstermin kommt Ende November in Frage. Als Standorte für den AD, kommen nur Städte unter 100 000 Einwohner in Betracht. Die Unterbringung erfolgt nach Möglichkeit kasernenmäßig in dazu geeigneten Gebäuden oder zum mindesten in heizbaren Baracken. Neben dem eigentlichen Arbeitsdienst in den Sommermonaten dient der Winter hauptsächlich der staatsbürgerlichen Erziehung. Parteipolitische Betätigung ist verboten. Die Vorgesetzten erhalten Strafgewalt nach den Bestimmungen einer Dienststrafordnung. Gegen Mißbrauch der Dienstgewalt schießt eine Beschwerdeordnung. Für schwerere Vergehen, die gerichtlich nachgehandelt werden müssen, liegt bereits eine besondere Strafrechts- und Strafgerichtsordnung für den AD vor. Eine Ueberweisung dieser Fälle an die ordentliche Gerichtsbarkeit wird abgelehnt.

Umfragen sind vorläufig noch die finanziellen Voraussetzungen des AD. Dierl hofft mit dem Tageslohn der Arbeitslosen und mehrere hundert Millionen betragenden Zuschüssen in der ersten Zeit auszukommen.

Graf Kaldreuth

legt sein Amt im Reichslandbundes nieder.

Berlin. Graf Kaldreuth hat sein Amt als geschäftsführender Präsident des Reichslandbundes niedergelegt, um in einem Verfahren gegen die Deutsche Getreidehandels-Gesellschaft, mit dem sein Name in Verbindung gebracht wird, zur Wahrung seines Rechts vollen Handlungsfreiheit nach allen Seiten zu haben. Die Geschäftsführung des Reichslandbundes ist vom Präsidenten des Reichslandbundes in voller Einmütigkeit dem Präsidenten Meisinger übertragen worden.

Die Konsolidierung der Wirtschaft.

Kein Grund zur Nervosität.

Berlin. (Funkpruch.) Von der Reichsregierung nahestehernde Seite wird folgendes mitgeteilt: Die Reichsregierung hat alles Interesse daran, daß die Wirtschaft sich jetzt innerlich und äußerlich beruhigt. Alle rigorosen Eingriffe haben zu unterbleiben und werden unterbleiben, so daß die Wirtschaft in der Lage ist, sich auf weite Sicht mit ihren Projekten einzustellen, da die Staatlichkeit ihr die notwendige Gewähr dafür bietet. Die Wirtschaft kann damit beginnen, großzügig zu planen. Der, der schnell und bald damit beginnt, kann der wärmsten moralischen Unterstützung der Reichsregierung sicher sein.

Ein Aufruf Adolf Hitlers.

* Berlin. Reichskanzler Adolf Hitler erklärt folgenden Aufruf:

Ein demütiger Tag ist vorüber. Der 1. Feiertag der nationalen Arbeit. In überwältigender noch nie dagewesener Kundgebung hat sich das deutsche Volk zur Ehrung der deutschen Arbeit und des deutschen Arbeitertumes bekannt. Ueber ganz Deutschland hin hat dieses wunderbare Bekenntnis in tausendfachen Demonstrationen ergreifenden Ausdruck gefunden. Aber dieser historische Tag darf nicht vorbeigehen, ohne daß der elementare Gefühlsausbruch des Volkes auch einen bleibenden Ausdruck findet und ohne daß dieses ideale Bekenntnis auch seinen materiellen Niederschlag in einer Leistung der Dauerbarkeit findet.

7 deutsche Bergarbeiter, Angehörige des Arbeiterbundes, denen das Los der härtesten Arbeit zugefallen ist, sind am Vorabend des 1. Mai einem furchtbaren Unglück zum Opfer gefallen und auf dem Felde der Arbeit geblieben. Witwen und Waisen sind ihrer Ernährer beraubt worden. Der Tod dieser Seelen soll der ganzen Nation der Anlaß sein, eine Stiftung zu errichten, aus der von jetzt an alle Soldaten der Arbeit, die auf dem Felde des Kampfes um das tägliche Brot fallen, die ausreichende Versorgung ihrer Familien gewährleistet wird. Es darf nicht mehr vorkommen, daß in Zukunft solche Opfer der Arbeit auf die knappen Leistungen der öffentlichen Fürsorge angewiesen sind. Es ist vielmehr eine Ehrenpflicht aller Deutschen, insbesondere

die Unterstützung der Reichsregierung verweigert sein. Es ist vollkommen fehl am Platze, wenn in der Wirtschaft und in Wirtschaftskreisen noch irgend eine Nervosität herrscht. Nachdem jetzt auch die Gewerkschaftsaktion durchgeföhrt ist, sind im Wirtschaftsleben durchaus konsolidierte Verhältnisse eingetreten, so daß sie auf lange Sicht arbeiten kann.

Um die Sicherstellung der Invalidenversicherung.

Berlin. (Funkpruch.) Wie das V.D.B.-Büro meldet, fand am Freitag im Reichsarbeitsministerium eine Besprechung über die künftige Sicherstellung der Invalidenversicherung statt. An den Verhandlungen waren mit dem Reichsarbeitsministerium das Reichsfinanz- und Reichswirtschaftsministerium beteiligt. Diese Besprechungen leiten die sehr wichtige Aufgabe der Reichsregierung nunmehr in die Praxis über, die Sozialversicherung in Deutschland wieder auf gesunde Füße zu stellen. Insbesondere die Invalidenversicherung, die zur Zeit am allerchwächsten dasteht, soll zuerst saniert und repariert werden. Hierbei dürften die Bestrebungen dahingehen, durch die Schaffung eines ausreichenden Vermögensfonds dafür zu sorgen, daß auch in Zeiten härtester Anforderungen an die Invalidenversicherung und in Zeiten schwächster Beitragseingänge die Rentenleistungen immer sichergestellt sind. Sehr wesentlich in diesem Zusammenhang ist natürlich die Frage, wie weit der Finanzminister in der Lage ist, schon im kommenden Etat Mittel für diesen Zweck einzustellen.

2000 jüdische Landgemeinden ehren Hindenburg und Hitler

Im Rahmen der allgemeinen Neuordnung wählte eine Vorstandssitzung und eine Tagung des Landesauschusses des Verbandes jüdischer Landgemeinden den Bürgermeister Stephan-Dittersdorf bei Rohnweil, der der NSDAP angehört, zum kommissarischen Vorsitzenden. Dem vorläufigen Vorstand gehören an die Bürgermeister Arnold-Lunzenau, Dehmichen-Liptitz-Rammewitz, Wunderlich-Nieder-Rennersdorf, Dieß-Großhain und Hoale-Braunsdorf.

Der Antrag, dem Reichspräsidenten von Hindenburg und Reichskanzler Hitler die gemeinsame Ehrenbürgererschaft aller Landgemeinden anzufordern, fand einstimmige Annahme. Damit sind der Reichspräsident und der Reichskanzler zum Ehrenbürger von über 2000 jüdischen Landgemeinden ernannt worden.

aber der Begüterten unter ihnen, hier ihr Bestes und Möglichstes zu tun.

Ich rufe hiermit zur Errichtung einer Stiftung für die Opfer der Arbeit auf.

Aus ihr sollen in Zukunft die Hinterbliebenen aller deutschen Arbeiter, die in ihrem Berufsleben tödlich verunglückt sind, unterstützt werden. Diese Stiftung kann nicht groß genug sein. Sie muß ein sichtbares Symbol der Ehrfurcht des deutschen Volkes vor der nationalen Arbeit und ein Denkmal der unzerbrechlichen Gemeinschaft aller Klassen und Stände untereinander werden.

Spenden für diese Stiftung können auf das Konto:

„Stiftung für Opfer der Arbeit“

bei der Reichskreditgesellschaft Berlin-W. 8, Kontonummer III 49 eingezahlt werden.

Die Verwendung der Mittel wird von einem Ehrenauschuß bestimmt, der sich aus folgenden Personen zusammensetzt: Walter Schumann, Fritz Thullen, Dr. Emil Georg von Stank.

Berlin, den 4. Mai 1933.

Der Reichskanzler.
— Adolf Hitler.

Die Unterstellung sämtlicher Angestellten- und Arbeiterverbände unter die Führung Adolf Hitlers.

Berlin. (Funkpruch.) Die NSD.-Pressestelle teilt mit: Der Leiter des Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit, Dr. Ley, begab sich heute mittag zum Reichskanzler Adolf Hitler in die Reichskanzlei, um ihm zu melden, daß alle Arbeiter- und Angestelltenverbände sich der Führung Adolf Hitlers bedingungslos unterstellt haben. Die verantwortlichen Leiter der Verbände erklärten, daß sie alle Anordnungen des vom Führer eingesetzten Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit befolgen werden.

Neue Angriffe gegen Deutschland

Außenpolitische Aussprache im französischen Senat

Bei der Behandlung des Haushalts des Auswärtigen Amtes beschäftigte sich der französische Ministerpräsident Paul-Boncour auch mit dem Viererpakt, um ihm zu begrüßen sei, wenn er sich im Rahmen des Völkerbundes halte, die Verträge und den Grundlag der Gleichheit der Nationen anerkenne. Es wäre gefährlich, wenn man in den Viererpakt Forderungen auf Veränderung der Grenzen einschleife. Frankreich vertrete die Ansicht, daß es gegenwärtig Tollheit wäre, an den durch die Verträge gezogenen Grenzen zu rütteln.

Auf Vorwürfe des Senators Eccard eingehend rühmte Paul-Boncour, daß die französische Delegation in Genf es doch durchgesetzt habe, daß die lajernierte deutsche Schutzpolizei als militärische Streitmacht angesehen werde, ein Beweis, daß ihre Schaffung eine Verletzung des Versailler Vertrages darstelle.

Zu dieser Behauptung ist folgendes festzustellen: Auf Drängen der Franzosen und ihres Kreises hat das Senef Effektivkomitee die Merkmale der deutschen Bereitschaftspolizei als solche für die militärischen Eigenschaften von Polizeikräften überhaupt bezeichnet. Wenn jetzt der Versuch gemacht wird, diese Feststellungen wieder dazu zu benutzen, die derzeitige Organisation der deutschen Bereitschaftspolizei zu einem Verstoß gegen den Versailler Vertrag zu stampeln, so richtet sich dieser Vorwurf tatsächlich gegen die Vorkonferenzkonferenz; denn diese hatte bei der Neuorganisation der deutschen Polizei ihre Ausrüstung, Ausbildung und Unterbringung genau vorgeschrieben, Vorschriften, die auch heute noch befolgt werden.